

„Mitten unter Löwen“ – eine digitale Ausstellung zur Erinnerung an die Schicksale der Landauer Juden zur Zeit des Nationalsozialismus

Im Leitartikel der Zeitschrift „Der Spiegel“ vom Mai 2023 beschreibt Felix Bohr die Tendenz, die Geschichte Deutschlands immer mehr mit „Weichzeichner“ zu erzählen. „Revisionistische Stimmen werden lauter und salonfähiger, Schüler zeigen in Auschwitz den Hitlergruß.“ Bohr leitet daraus den Appell ab, man brauche Historiker*innen, die sich um das Dunkle kümmern, damit es nicht wiederkomme.

Mit dieser Zielsetzung konzipierten die Schüler*innen des Grundkurses 12 Geschichte die digitale Ausstellung „Mitten unter Löwen“.

Im Zentrum der Ausstellung steht das Schicksal der Landauer Juden zur Zeit des Nationalsozialismus mit der – in Anlehnung an Peter Longerichs Studie - übergeordneten Problemorientierung „Davon haben wir nichts gewusst“.

In der Erarbeitung ging es dabei nicht um Schuldzuweisungen, sondern vielmehr um die Auseinandersetzung mit menschlichem Verhalten, dem heutigem Umgang mit historischer Verantwortung und der Bedeutung von Zivilcourage. Ziel war es, in offenen Dialog zu treten über Zwänge von Diktaturen, über damalige Haltungen „zur Schau getragener Indifferenz und Passivität“ gegenüber jüdischen Mitbürgern und über heutiges Geschichtsbewusstsein – festgehalten in einer Fotografie.

Die Ausstellung kann als Teil moderner Erinnerungskultur und der Chance Digitalen Gedenkens gesehen werden.

Für den Grundkurs Geschichte der Jahrgangsstufe 12

Julia Nixdorf

„Mitten unter Löwen“: Ausschnitt der Inschrift auf dem Synagogendenkmal. Die Kontroversen um die Finanzierung sowie die möglichen Inschriften verdeutlicht M-L Kreuter in ihrem Werk eindrücklich. Auch hier zeigen sich unterschiedliche Herangehensweisen und der Umgang mit Erinnerungskultur, Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung der Verfolgung der jüdischen Mitmenschen in Landau von den 60ern bis heute.

Quellen- und Literaturverzeichnis:

Alle Abbildungen wurden vom Stadtarchiv Landau zur Verfügung gestellt und sind in der Dauerausstellung im Frank-Loebtschen-Haus zu sehen.

Kreuter, M-L-: Juden in Landau – Landauer Juden. Zur Geschichte einer Minderheit und ihrer christlichen Nachbarn. Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Landau in der Pfalz, Band 13. Landau 2022

Longerich, P.: „Davon haben wir nichts gewusst“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. München 2007

Landauer Marktplatz (1933)

Schon 1932 erreicht die NSDAP die absolute Mehrheit der Stimmen in Landau. Diese fortlaufende Radikalisierung ist vor allem auf den ausgeprägten Nationalismus zurückzuführen, der durch die jahrelange französische Besatzung verstärkt ist. Vor allem aber auch die Wirtschaftskrise schafft Probleme und damit fruchtbaren Boden für nationalsozialistische Propaganda.



**Marsch der SS durch die Kronstraße
(Marktplatz auf der linken Seite) (1934)**

Ab 1933 gab es nur noch Propagandazüge der nationalsozialistischen Parteigliederungen zur Machtdarstellung der NSDAP. (Teil der Gesetze zum Sichern des Einparteiensstaat) Diese inszenierte Massenveranstaltungen mit Uniformen und Symbolen sollen sowohl Faszination als auch Ehrfurcht bei den Bürgern auslösen.

**"Deutsche! Wehrt Euch!
Kauft nicht bei Juden!"**

Die Propaganda zeigt Wirkung. Aus Angst vor gewaltsamen Boykotten schließen viele jüdische Geschäfte ihre Läden während Aufmärschen, um Konflikte zu vermeiden. So auch in Landau.

Im Winter 1938 wird den Juden der Betrieb eines Geschäftes durch die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ komplett verboten. Vorher wurden ihre Geschäfte aus Angst und Ideologie auch schon gemieden und angegriffen.

JOSEF BÜRCKEL

Eine NS- Größe aus der Pfalz

Josef Bürckel wurde am 30.03.1895 in Lingenfeld geboren und war ein nationalsozialistischer Gauleiter und Bürokrat. Gauleiter waren regionale Führer der NSDAP und standen auf dem dritthöchsten Rang in der politischen Führung des NS-Regimes. Bürckel trat 1925 der NSDAP bei und bereits ein Jahr später wurde er als Gauleiter für die Pfalz, durch Adolf Hitler, eingesetzt. Am 22. und 23. Oktober 1940 wurden von Josef Bürckel, in Zusammenarbeit mit dem badischen Gauleiter Robert Wagner, die erste systematische Massendeportation im Deutschen Reich von mehr als 6500 Juden organisiert. Die in der Pfalz und Baden-Württemberg heimischen Juden wurden in das Internierungslager von Gurs transportiert. Bürckels Bestreben war es, die Pfalz als „ersten Gau judenfrei“ zu machen. Mit ihrem Plan sorgten die zwei Gauleiter dafür, dass viele Juden aus ihren beiden Gauen, darunter auch die Südpfalz und Landau, nach Südfrankreich deportiert und die jüdischen Gemeinden der Regionen ausgelöscht wurden. Beispielsweise in Landau wurden fast alle, der 50 noch in Landau lebenden Juden in das Frank-Loeb'sche Haus eingewiesen und von dort aus in das Internierungslager transportiert. Auch Neustadt nimmt eine zentrale Rolle bei der Judenverfolgung in der Pfalz ein, da sich dort Bürckels Wohnsitz, die Villa Böhm, und somit der Sitz der Gauleitung befand.

Josef Bürckel war in der Pfalz ein sehr bekannter und auch populärer Politiker. Er war trotz hoher politischer Position volksnah und ein typischer Pfälzer. Er war dafür bekannt, dass er Dialekt sprach, Wein trank und mit seinem Hund spazieren ging. Vorallem in seiner Heimt, der Pfalz wurde er als „Verkörperung des Volkstums dieser südwestlichen Landschaft“ gefeiert. Das bewirkte, dass er bei Menschen unterschiedlichen Alters in der Region und auch darüber hinaus bekannt und zunehmend beliebt war. Zudem war er scheinbar trotz seiner radikal-antisemitischen Politik und seinem großen Einfluss auf die Judenverfolgung und Vernichtung populär.



Doch was hat die Bevölkerung mitbekommen oder haben sie vielleicht einfach „nichts gewusst“?

Bürckels Maßnahmen für die Judenvernichtung wurden nie wirklich vertuscht oder heimlich durchgeführt. Die Deportationen waren zwar als „Umsiedlungs-“ und „Sonderbehandlungsmaßnahmen“ getarnt, waren allerdings nicht vor dem Volk verborgen. Die Wagner-Bürckel-Aktion wurde sogar von Hitler selbst abgesegnet und dann offiziell durchgeführt. Die Bevölkerung war also darüber informiert, was gegen die Juden in ihrer Region, oft sogar gegen die eigenen Nachbarn unternommen wurde. Demnach kann man vermuten, dass sich die Mehrheit nicht dafür interessierte oder ihnen die Volksnähe und Sympathie Bürckels wichtiger waren.

Josef Bürckel starb am 28.09.1944 in Neustadt. Die Gründe für seinen plötzlichen Tod sind nicht ganz geklärt und lassen auch nach seinem Tod noch Raum für Spekulationen offen.

Davon haben wir nichts gewusst-

SCHULE IM NATIONALSOZIALISMUS



Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 und der damit beginnenden „Gleichschaltung“ von Staat und Gesellschaft, änderte sich auch das Schulsystem im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Unmittelbar nach dem Machtantritt wurde am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ „verabschiedet“, mit dem Menschen „nicht-arischer“ Abstammung aus der öffentlichen Verwaltung verdrängt wurden. Dies betraf auch die öffentlichen Schulen, da bis 1935 Ausnahmen zugelassen waren (z. B. „Frontkämpferprivileg“ für Soldaten des ersten Weltkrieges), waren zunächst überwiegend jüdische Lehrerinnen von dieser Regel betroffen. Ab 1935 wurden dann alle jüdischen Lehrpersonen aus dem öffentlichen Schuldienst entfernt.

Die Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen und Schüler begann ebenfalls nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Nach dem „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ wurde eine Quote für neu aufzunehmende Schülerinnen und Schüler und Studierende festgelegt. Der Anteil von Juden in diesen Einrichtungen durfte danach den Anteil von Juden in der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten. Er wurde zunächst auf 1,5 % festgelegt. Zwar lag diese Quote über dem tatsächlichen Anteil der jüdischen Bevölkerung, allerdings war vor allem im höheren Schulwesen der Anteil jüdischer Kinder höher. Zu dem gab es vor allem Probleme in größeren Städten, in denen viele Juden lebten.

Auch Beschimpfungen und Gewalt durch Mitschüler verstärkten sich.

Vor allem mit der „Reichspogromnacht“ am 9. November 1938 wechselte die Diskriminierung und Demütigung zu offener Verfolgung und Terror. Ab dem 10. November 1938 wurden schließlich die letzten verbliebenen jüdischen Schüler aus öffentlichen Schulen ausgeschlossen.

Auch an unserer Schule (damals: „Städtische Höhere Töchterschule“) machte sich die Führung der Nationalsozialisten bemerkbar.

Die Anfänge der neuen Regierung dieser Zeit mit ihrer nationalsozialistischen Revolution wurde zunächst von Lehrern und Schülern mit begeisterter Zustimmung begrüßt. Um diese Gefühle der Zugehörigkeit zum „Vaterland“ zu verstärken gab es zahlreiche Feiern und Gedenkstunden. Zu Beginn des Schuljahres 1933/34 fand erstmals eine Differenzierung zwischen „arischen“ und „nicht-arischen“ Schülern statt. Zudem gab es neue Themenbereiche im Unterricht, um durch Bücher wie „Rassenkunde“, „Aufbruch der Nation“, „Geschichte der Germanischen Vorzeit“ und „Geopolitik“ die nationalsozialistische Ideologie und die antisemitische Hetze zu verstärken. 1935 hisste das MSG als erste Schule der Pfalz die HJ-Flagge. Aus dem Jahrgangsbericht geht ebenfalls hervor, dass die Schule eng mit dem BDM zusammenarbeitete. Im Jahr 1936 beantragte der seit 1912 amtierende Direktor Sahrman, dass keine weiteren jüdischen Schülerinnen aufgenommen werden sollten und jüdische Schülerinnen separiert und jahrgangsübergreifend unterrichtet würden.

Aus den Klassenübersichten der Schuljahre 1930/31 und 1937/38 geht hervor, dass der Anteil der jüdischen Schülerinnen von 10,05 % auf 1,68% sank. Dies ist begründet durch die genannten Maßnahmen zur Entrechtung der Juden sowie die Flucht vieler jüdischer Schülerinnen und deren Familien. Ab 1936 wurden keine weiteren Jüdinnen an der Schule aufgenommen.



Die Nationalsozialisten integrierten also ihre Ideologie so in das Schulsystem, dass sie den Bürgern von klein auf eingepägt wurde und sie oft keine andere Wahl hatten als diese zu übernehmen. So wurde auch die Schule als eigentlich unabhängiger Bildungspunkt zum Machtinstrument der Nazis.

Davon haben wir nichts gewusst!?

- Reichspogromnacht, die Nacht als die Synagogen brannten



Menschenmenge an
Schaulustigen vor
brennender Synagoge

frühere Kaiserstraße 3
76829 Landau
09. auf 10.11.1938

Vom 09. auf den 10. November 1938 ereignete sich deutschlandweit die Reichspogromnacht.

In einer koordinierten Aktion zündeten SA und SS Mitglieder zahlreiche Synagogen an, zerstörten und plünderten jüdische Geschäfte und Wohnungen. Es ist der Tag, an dem Tausende Jüdinnen und Juden misshandelt, verhaftet und getötet wurden.

Feuerwehr und Polizei wurden angewiesen nicht in das Geschehen einzugreifen und deutsche Bürger beteiligten sich ebenfalls an den Ausschreitungen.

Das Ereignis markiert einen Wendepunkt in der nationalsozialistischen Judenverfolgung und läutet die Phase der systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ein. Antisemitismus und Rassismus wurden staats offiziell.

Die Stadt Landau in der Pfalz war ebenfalls von den Ereignissen des Reichspogroms betroffen. Kurz vor Mitternacht des 09. Novembers erreichte die lokale SA-Führung der Befehl aus Neustadt die Synagoge Landaus in Brand zu setzen.

SA-Angehörige verschafften sich Zugang zu dem Gebäude, demolierten es und entzündeten es mit Benzin von der benachbarten Tankstelle.

Das weit sichtbare Feuer attrahierte viele Schaulustige, sodass sich schnell eine große Menschenmenge vor der brennenden Synagoge ansammelte. In den folgenden Tagen wurde die Ruine aufgrund von angeblichen „Sicherheitsmaßnahmen“ gesprengt.

Viele derjenigen, die mit Sicherheit etwas über den tödlichen Terror gegen Juden und andere Minderheiten mitbekommen haben behaupten bis heute, nichts von der Situation gewusst zu haben.

Die auf dem Bild erkennbare versammelte Menschenmasse widerspricht dieser Behauptung jedoch und beweist, dass zumindest Teile der Landauer Bevölkerung Kenntnis über die Gräueltaten hatten.



Die Vertreibung von Juden verfolgte die NS-Regierung nicht nur über eine politische Entrechtung und Radikalisierung, sondern auch über eine öffentliche Bloßstellung der jüdischen Bevölkerung. Dabei erhält die Propaganda der Nationalsozialisten in allen Bereichen des Lebens Einzug.

So werden auch kulturelle Volksfeste wie die Fastnacht zur politischen Manipulation missbraucht. Die Fastnacht diente von nun an nicht mehr als Kritik gegenüber der Regierung, sondern wird von dieser zensiert und inszeniert.

Bei dem Landauer Fastnachtsumzug von 1939 werden jüdische Bürger durch antisemitische Stereotype imitiert und bloßgestellt. Aufgesetzte Hakennasen, Bärte und Hüte, O-Beine und eine hektische Gestikulation mit den Händen unterstreichen den Spott. Auch der getragene Talmud, eine der bedeutendsten Schriften des Judentums, macht die zynische Imitation deutlich.

Die Juden werden dabei als eine andere Art von Menschen dargestellt, so wie es in der nationalsozialistischen Rassenideologie gesehen wird. Es werden auch Verurteilungen aus dem Mittelalter aufgegriffen, wie etwa die „Landauer Giftküche“. Dies ist eine Anlehnung auf die mittelalterliche Erklärung der Pest, wonach Juden die Brunnen vergiftet haben sollen.

Die Volksgemeinschaft, die diese nationalsozialistische Propaganda verbreitet, wird von allen Teilen der Gesellschaft gebildet. So nehmen Frauen, Männer und Kinder an dem Umzug teil. Es finden sich auch zahlreiche Zuschauer ein.

Diese zutiefst perfide und zynische Hetze gegen Juden zeigt, dass die breite Gesellschaft die Propaganda der Nationalsozialisten mitgetragen hatte und unterstützte. Dies geschah im Bewusstsein der radikalen Vertreibung und Ausnutzung von Juden, wie etwa durch den Novemberpogrom 1938. Dieser lag erst wenige Monate zurück.

Der Fastnachtsumzug von 1939 war der letzte für die folgenden Jahre. Während des Zweiten Weltkrieges gab es ein behördliches Verbot.

Richard Joseph

Unter Behandlung der Frage „Wir haben nichts gewusst“

- Verantwortung hinterfragen -

Richard Joseph wurde am 9.8.1882 im südpfälzischen Ingenheim geboren. Dort verbrachte er die ersten elf Jahre seines Lebens, bevor er nach dem Tod seines Vaters 1885 zu seinem Bruder nach Landau zog. Dieser war zwischenzeitlich Mitinhaber der Landauer Weinhandlung „Marx & Joseph oHG Weinkellerei Landau/ Pfalz“ im Ostring 14.

Von den Jahren 1896-89 besuchte er die fünfte und sechste Klasse des Progymnasiums in Bad Bergzabern.

Im weiteren Verlauf seines Lebens heiratete er 1912 Ilse Ida Barth, mit der er drei Kinder hatte. Außerdem war er Mitglied der SPD in Landau und engagierte sich ab 1920 im Stadtrat und in verschiedenen Ausschüssen. Jedoch musste er sein Mandat nach der Machtergreifung Hitlers 1933 aufgeben. Es ist ebenfalls anzunehmen, dass sein Weinhandel von der Boykott-Aktion gegen Juden am 1.04.1933 betroffen war.

Richard Joseph war aufgrund seiner Position als SPD- Mitglied und seiner jüdischen Abstammung ein Opfer für nationalsozialistische Angriffe. Die ersten Stadtverordneten, insbesondere aus den Reihen

der KPD und SPD, wurden sofort verfolgt, misshandelt oder in "Schutzhaft" genommen. Die Werte der SPD sprachen nämlich zumeist gegen die Verordnungen des Nazi-Regimes und es kam immer wieder zu klaren Gegenmeinungen. Dies ist der Grund, weshalb auch er mehrfach in Haft war. Vom 17.03. - 8.04.1933 wurde er im KZ Neustadt gefangen gehalten und im Anschluss wurde er ins Gefängnis nach Landau überführt. Am 12.11.1938, nach der Reichsprogromnacht, wurde er durch die Gestapo Neustadt nach Dachau deportiert. Joseph konnte aus Dachau entkommen und zog etwa 2 Jahre später (15.10.1940) mit seiner Ehefrau und einer seiner 3 Töchter nach Mannheim. Er erhoffte sich dabei, dass er in der anonymen Großstadt untertauchen konnte. Dies gelang jedoch nicht, da er wenige Tage später (22.10.1940) durch die Gestapo Mannheim entdeckt

wurde und gemeinsam mit seiner Familie ins Internierungslager Gurs in Südfrankreich gebracht wurde.

Von dort aus wurde die Familie nach Auschwitz deportiert und anschließend ermordet (31.04.1942).

Gab es Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern in Landau?

Zu Beginn der NS-Zeit war seitens der Landauer eine Solidarität mit den jüdischen Bürgern gegeben, wenn auch nur in reduzierter Form. Man unterstütze sich im Bekannten-und Freundeskreis, jedoch nahm diese Solidarität mit den Jahren der NS-Diktatur deutlich ab. Nicht-Juden wollten sich selber nicht in Gefahr bringen und rieten den Juden häufig zur Flucht. Wenige Geschäftsbeziehungen wurden aufrecht erhalten, aber die allgemeine Abwendung von den Juden wurden immer deutlicher. Viele Bürger vertraten die Grundhaltung „Wir haben nichts gewusst.“ und rechtfertigten somit ihr Nichtstun. Ein Grund dafür war ihre Angst, selbst vom NS- Regime bestraft zu werden, denn das Verstecken von Juden im eigenen Haus oder in anderen Unterkünften stand unter hoher Strafe. Die Ausrede, nichts gewusst zu haben, wurde benutzt, um jegliche Schuld von sich zu weisen. Jedoch kann auch ein Nichthandeln schuldfähig sein.

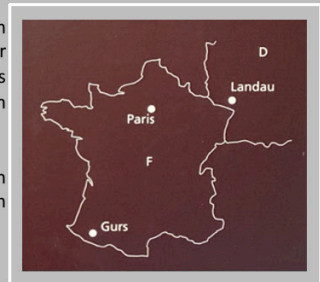


KZ- Stationen von Richard Joseph

„Die Deutschen töteten, die Franzosen ließen es zu.“

Bereits lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden in Frankreich die ersten Gesetze zur Internierung unwillkommener Ausländer vorbereitet. Gegner oder Verfolgte des Nazi-Regimes wurden auf gesetzlicher Grundlage in sogenannten Internierungslagern überwacht.

Die französische Armee wurde 1940 von der deutschen Wehrmacht im Krieg besiegt. Kurz darauf, entstand in Südfrankreich das Vichy-Regime unter Maréchal Philippe Pétain.



Dieses Regime war ähnlich faschistisch eingestellt wie das nationalsozialistische Deutschland und führte mit diesem eine Kollaborationspolitik. Ohne von deutscher Seite gedrängt worden zu sein, unterstützte das Regime die Judendeportationen Deutschlands.

So wurden zum Beispiel mehr als 6.000 badische und pfälzische Juden zur Überwachung nach Frankreich in das Internierungslager von Gurs deportiert. Dort lebten sie unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die Baracken waren überfüllt, die Menschen litten Hunger und die medizinische und sanitäre Lage war unzureichend. Dies führte dazu, dass täglich 15 bis 20 Insassen starben, die auf dem Deportierten-Friedhof beerdigt wurden.



Mit der „Endlösung der Judenfrage“ begannen ab 1942 die Deportationen aus dem Internierungslager Gurs in die deutschen Vernichtungslager. Den Juden war dieses Ziel zunächst unbekannt. Das Wissen über ihr weiteres Schicksal löste Angst und Panik aus und führte zu einer Art „Selbstmordepidemie“.

Auch die Landauer Bürger wussten von den Deportationen in diese Lager. Viele entwickelten jedoch eine Passivität gegenüber der „Judenfrage“. Sie versuchten die Wahrheit zu verdrängen und sich so der Verantwortung zu entziehen.